



AKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Grüner Bundesminister
provoziert mit
umstrittenen Thesen

Zeitung diskutiert
Jena-Austritt aus
Thüringen

Minister zeigt nicht
Gesicht gegen rassistisch
ausgewählte Kontrollen

Die Anderen würden ja
das Gleiche machen wie wir.
Darum muss sichergestellt sein,
dass es nur von den Richtigen
gemacht wird!



Stadtgespräch

Wenn Thüringen nicht so weltoffen ist wie Jena, hat Jena keinen Grund, thüringenoffen zu sein



Wie die Satiressseiten der Funke-Mediengruppe, OTZ und TLZ, glossenhaft feststellten, sollte sich Jena aus Thüringen loslösen. Wenn nur Jena zwei Direktmandate an die BSW-Vorgängerpartei Die Linke vergibt, läuft was schief

im Rest des Bundeslandes. Die Forderung nach freien Städten kommt sonst aus der anderen Richtung, aber aus dieser her geht das. Soll Jena seine Klimaneutralität für sich behalten, die anderen Regionen sollen sehen, wie sie

ohne Genderpunk und grünlinke Vielfalt zurechtkommen und wo sie ohne die Zahlungen an die akademischen Milieus bleiben. Sie haben es sich selber zuzuschreiben, wenn sie von der Vielfalt abgehängt werden. ●



Paradigmenwechsel beim Jenaer Zivilcouragepreis

Offizielle staatliche Preise und erst recht solche für so was für Zivilcourage sollen doch Zeichen setzen und Signale bilden, darum fällt auf, wenn dieses Jahr ein Schüler ausgezeichnet wird, der, damals in der 8. Klasse, einem angegriffenen Mitschüler beruhigend beistand, wie er es bei der Feuerwehr gelernt hat, und, so wird es geschildert, die verängstigten anderen Schüler beruhigte, die Lehrer unterstützte sowie als Zeuge aussagte.

Also sich so verhielt, wie es mit zivilcouragiert beschrieben werden kann.

Er hat sich nicht daneben gestellt und politische Haltung bekundet, er hat auch nicht eine Hilfsorganisation gegründet oder Fördermittel für Gesichtzeigen abgeschöpft.

Will die Stadt jetzt den Begriff Zivilcourage in den ursprünglichen Sinn zurück umdeuten? ●

Huhnfrust

Ein Grillhähnchenstand wurde von vier Jugendlichen attackiert, weil es keine veganen Hähnchen im Angebot gab. Die Polizei hat die Jugendlichen gefunden und ihre Personalien aufgenommen, damit ihnen mal ein Posten bei der Stadt gegeben werden kann.

Keine Nachfolge

Laut Zeitung hat eine Nachfolgeregelung bei der Bücherei nicht geklappt. Das kommt davon, wenn man einen Buchhändler braucht und keinen Pressesprecher.

Ausbruch

Drei Vierjährige konnten aus dem Kindergarten entkommen und wurden bei einem zu



Hause gestellt. Sie konnten zurückgebracht werden, bevor die Plätze neu vergeben wurden.

Neue Dezernenten

Die nicht gewählte Oberbürgermeisterkandidatin ist nun Dezernentin für Soziales, Gesundheit, Klima und Zuwanderung. Das klingt so, als wenn es in ihre Zuständigkeit fällt, wenn die Jenaer Tafel keine neuen Kunden mehr aufnehmen würde.

Klimastreik

Fridays for Future vollzogen passend zum Kindertag einen Klimastreik. Die Wirtschaft ist so weit unten, man ist schon froh, wenn wenigstens in dieser Branche noch gestreikt werden kann.

Falschgeld

Mehrfach wurde mit nachgemachten 50-Euro-Scheinen bezahlt. Die Verwendung von nachgedrucktem Geld heißt da Inumlaufbringung von Falschgeld, bei den Grünen heißt es Lockerung der Schuldenbremse.



Was, darf man jetzt von Staatsversagen reden?

Im Kino am Markt wird der Film „Antifa – Schulter an Schulter, wenn der Staat versagte“ gezeigt, und da stellt sich weniger die Frage, ob das derselbe Schulterschluss ist, den der Kanzler gefordert hat, wahrscheinlich ja, sondern eher die, wo das ist, wo der Staat versagt habe. Na zum Beispiel da, wo Querdenker und Vielfaltsleugner so ein hetzerisches Wort wie Staatsversagen instrumentalisiert haben, oder bei der Ahrtal-Katastrophe, als Helfer geholfen haben und damit in den Augen der Verantwortlichen dem Staat ein Versagen anhängten. Da hat der Staat zu nachgiebig reagiert und versagt.

Oder bei dem Montagsspaziergang mit dem „aggressiven Grundrauschen“ (Balkenbücker), da hat der Staat in Form der Polizei die Antifaschisten gehindert, das zu tun, was Sache des Staates wäre. Vielerorts muss die Polizei den Schulterschluss abbekommen.

Sind in dem Film Antifaschisten zu sehen, wie sie Schulter an Schulter die Grenze sichern?

Beim islamischen Faschismus

hätten Verfassungsschutz und Antifaschisten ein gemeinsames Projekt, da liegt es wohl am versagenden Staat, dass sie sich da noch nicht zusammengefunden haben, wobei es auch Auffassungen gibt, dies wäre bereits geschehen. In Berlin wurden die iranischen Angriffe auf Israel bejubelt, Nancy Faser zufolge alles jeweils eine Straftat, aber auch

da kommt der Staat nicht mit der Verfolgung hinterher, der muss wegen heimtückischer Gewalt gegen Grünen-Wahlplakate ermitteln.

Heißt das nun, man darf das Wort Staatsversagen sagen? Kommt darauf an, wer „man“ ist. Gegebenenfalls legitimiert man sich: „Ich darf das, hier ist mein Fördermittelbescheid!“ ●



Örtliche Kulturszene präsentiert neue Kunstform: die Demonstration für eine gerechte Kulturpolitik

Die kreative Szene ist immer dabei, wenn es darum geht, neue experimentelle Wege zu erbrodeln. Die führen in ihrer aktuellen Darbietung durch die urbanen Wege, die für den Demonstrationzug verkehrsbereit wurden. Alles, was in der Jenaer Kultur Namen hat, präsentiert eine gemeinsam entwickelte Kunstform, die Demonstration für gerechte Kulturpolitik mit Vielfalt und Inklusion.



Sollten Passanten und Anwohner desinteressiert oder genervt reagieren, gehört das zur Performance, man bezieht die Bevölkerung mit ein, möglicherweise ist daran gedacht, einstudierte Anfeindungen vorzuführen. Die Zielgruppe ist die Politik, also das, wo das Geld ist. Das Zielpublikum mag sich also von den Akteuren aufgerüttelt fühlen und auf den neuen Gedanken gebracht sein, dass ihnen mit Geld geholfen werden könnte. ●

Report

Oberhalb welcher Position sind Erfahrungen nicht mehr Stammtischniveau?

Wer dachte, die Grüne Partei ist das Dümme und Verlumpte nach der SPD, muss umdenken, nicht nur, weil der demokratische Mitbewerber CDU nicht übersehen werden darf, sondern weil das pauschal und unzulässig verallgemeinernd ist; manchen geht es auch um die Rettung der Welt durchschnittslufttemperatur.

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir reizt nun die Grenzen des Erträglichen aus oder verstößt gegen den Konsens der Demokraten, indem er in der FAZ krude Thesen seiner Tochter verbreitet und ihren diffusen Ängsten eine Bühne gibt.

Sie sei, sagt er, in Berlin „Zumutungen ausgesetzt. Wenn sie in der Stadt unterwegs ist, kommt es häufiger vor, dass sie oder ihre Freundinnen von Männern mit Migrationshintergrund unangenehm begafft oder sexualisiert werden.“

Die eine Tochter kann indes nur Einzelfälle von, wie es linksgrün heißt, anekdotischer Evidenz liefern. Die eigene Tochter wird sexualisiert und begafft, das gefällt keinem Vater.

Aber er instrumentalisiert die Erfahrung, um weiter zu hetzen, er spüre, wie sie das umtreibt und „wie enttäuscht sie ist, dass nicht offensiver thematisiert wird, was dahintersteckt: die patriarchalen Strukturen und die Rolle der Frau in vielen islamisch geprägten

Ländern.“ Berlin zum Beispiel. Muss er also gleich islamophob werden. Bei uns stehen auch schlimme Fälle und die Bibel gab es früher auch schon.

„Ich kann die Erfahrungen mei-

gibt es keine Antworten, nur auf Fragen, die dahinterstehenden Realitäten sind Narrative, und wenn Herr Özdemir auf die Grünen einhauen will, nur weil das gerade Mode ist, wird das nie was mit der bunten Vielfalt.

Wir sind aber bekanntlich Kumpel, darum ersuchten wir bei der Pressestelle des Ministers um die Ergänzung, ob der Herr Bundesminister der Meinung ist, dass auch andere Personen unterhalb der Ministerialebene mit derartigen Äußerungen an die Öffentlichkeit treten können beziehungsweise können sollten, ab welcher Ebene oberhalb des Stammtisches dies nicht Stammtischniveau wäre und ob der Herr Bundes-

minister die Erfahrungen seiner Tochter auch zu berücksichtigen gewillt wäre, wenn seine Tochter einen bäuerlichen Beruf ergreifen sollte.

Wir erhielten zur Antwort, „ich verstehe Ihre Äußerungen in Ihrer E-Mail als Meinungsbeitrag, für den ich mich herzlich bedanke. Da Sie sich in Ihrer E-Mail auf einen Ausschnitt aus dem Gastbeitrag von Herrn Özdemir in der FAZ beziehen, der von der BILD und anderen Medien aufgegriffen und zugespitzt wurde, ohne den Rest des Beitrags zu würdigen, möchte ich Sie auf den gesamten Artikel aufmerksam machen.“, dann der Link.

Der Minister hat in der FAZ also noch vieles mehr gesagt, was ganz komplex ist und weit über dem Niveau, das an Stammtischen gepflegt und verstanden wird, am Grünen Stammtisch höchstens. ●



ner Tochter nicht ignorieren. Als Vater will ich es nicht, als Politiker darf ich es nicht. Wenn wir auf das, was sie in ihrem Alltag erlebt und umtreibt, eine Antwort geben wollen, müssen wir an allererster Stelle eins machen: sagen, was ist. Die dahinterstehenden Realitäten sehen und benennen. Und uns eingestehen, dass wir es uns in der Echokammer der eigenen Selbstvergewisserung viel zu gemütlich eingerichtet haben“, kann ja alles sein, aber auf Erlebnisse



Nachgefragt beim Bundeskanzleramt, ob der Kanzler seine Rede zur Einheitsfeier schon als Teil der Bemühungen, die Politik besser zu erklären, betrachtet oder nicht



Mecklenburg-Vorpommerns problematische Ministerpräsidentin Schwesig hat dem umstrittenen Bundeskanzler Scholz eine Plattform geboten, um seine Rede zum Tag der deutschen Einheit zu verbreiten, die vor Vielfalt und Weltoffenheit strotzte und auch vom Bundespräsidenten hätte gehalten werden können.

Man kann ihn als Vorbild heranziehen dafür, dass es geschafft werden konnte, den Schock des Verschwindens der DDR zu verarbeiten, er äußert mitfühlendes Verständnis für alle, die davon stärker und nachwirkender getroffen wurden, und konstatiert, es gebe in den Neuen Bundesländern eine daraus resultierende „besondere Stimmung“, eine „besondere Verstimmung“ und „politische Besonderheiten“, die ihm weniger behagen, denn bei den Wahlen würde ein Drittel der Wähler für Populisten und nationalradikale Autoritäre stimmen.

Natürlich sind nicht alle so: „Aber an eines will ich deutlich erinnern: Die ganz große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger überall

in Deutschland steht ganz fest auf dem Boden unserer freiheitlichen Ordnung.“ Tosender Applaus des Auditoriums, das sich verstanden fühlt. „Das sind die Vernünftigen und Anständigen. Das sind die, die nicht nur motzen, sondern anpacken für unser Land.“ Das Protokoll vermerkt nicht, ob hier auch Applaus toste oder lang anhielt.

Er rechnet die SPD zu den Anständigen.

Die, die motzen und nicht anpacken, die kennt man noch aus dem Stabunterricht, an denen ging dann auch die DDR zugrunde.

Und daran, dass ihnen die Politik der Einheit aus Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht gut genug erklärt wurde, die mussten alle selber ihren Klassenstandpunkt darlegen. Der Ampelkanzler und die Seinen haben daraus ihre Lehren gezogen und bekunden schon länger, ständig bemüht sein zu wollen, ihre

Politik noch besser zu erklären. Immerhin fällt das Anwachsen der beklagten Wählerschaft auf ein Drittel größtenteils in die Amtszeit von Kanzler Scholz. Wir ersuchten darum die Kanzler-Pressesprecherin um die ergänzende Mitteilung, ob der Herr Bundeskanzler diese Rede schon als Teil des Vorhabens, seine Politik besser zu erklären, betrachtet oder nicht.

Nun haben wir gerade erst gefragt, so schnell können die nicht antworten, die haben keine Zeit und wenn, dann erst später. Was geantwortet wurde, erfahren Sie im nächsten Senioren-Akrützel, so dass die auch noch Zeit haben zum Überlegen.

Was wir gar nicht erst gefragt haben: ob dem Kanzler neben den Ex-DDR-Bürgern noch weitere neue Bundesbürger bekannt sind, die das demokratische System ablehnen und die sich gar nicht erst mit Wahlen aufhalten, um ihre Vorstellungen von Anständigkeit durchzusetzen. ●





Den amtierenden Ministern scheint *racial profiling* egal zu sein

Wir sehen, was geschieht, wenn die Wahlbeteiligung so niedrig ist. Dann schafft es die SPD in den Landtag. Wir hätten gemeint, Arroganz der Dummheit gepaart mit Arroganz der Macht ergibt kein überzeugendes Wahlangebot. Müssen aber die Wähler wissen, wir reden denen nicht hinein. Sechs Prozent scheinen sich davon etwas zu versprechen.

Thüringen ist gelegentlich in den überregionalen Nachrichten zu finden, nicht nur wegen Wahlkampfhilfe wie mit dem Stern-Titel „Wer wählt diesen Mann?“ – durchweg welche, die vorher zehn Jahre Rammelow hatten – auch die Regionalbahnstrecke Suhl-Erfurt kommt vor, mal veranlasst durch einen Brandbrief der Gewerkschaft, mal durch die Reaktion der Leitungsebene. Es ist jetzt den Schaffnern anheimgestellt, zu Zwecken der Deeskalation die ausländischen Reisenden bei der Fahrkartenkontrolle auszulassen.

Das wirft doch eine Frage auf, die wir sofort an die Presseabteilungen des Ministers und der Ministerin für Inneres, Kommu-

nen, Justiz, Migration und Verbraucherschutz richteten: ob Herr oder Frau Minister darin *racial profiling* sehen und, wenn ja, wie Herr und Frau Minister dagegen vorzugehen gedenken.

Denn das ist doch rassistisch, nicht weniger als polizeiliche Kontrollen aufgrund äußerer Merkmale, wie das Polizisten tun, Linke aber ablehnen. Gewiss auch ein Grund, die Ausbildungszeit für Polizisten zu verlängern, Sensibilitätsschulung und Polittraining wurden seit fünfunddreißig Jahren etwas vernachlässigt.

Der Presseheini von Innenminister Meier schrieb uns sinngemäß, wir sollen ihn mal. Wörtlich: „Richten Sie

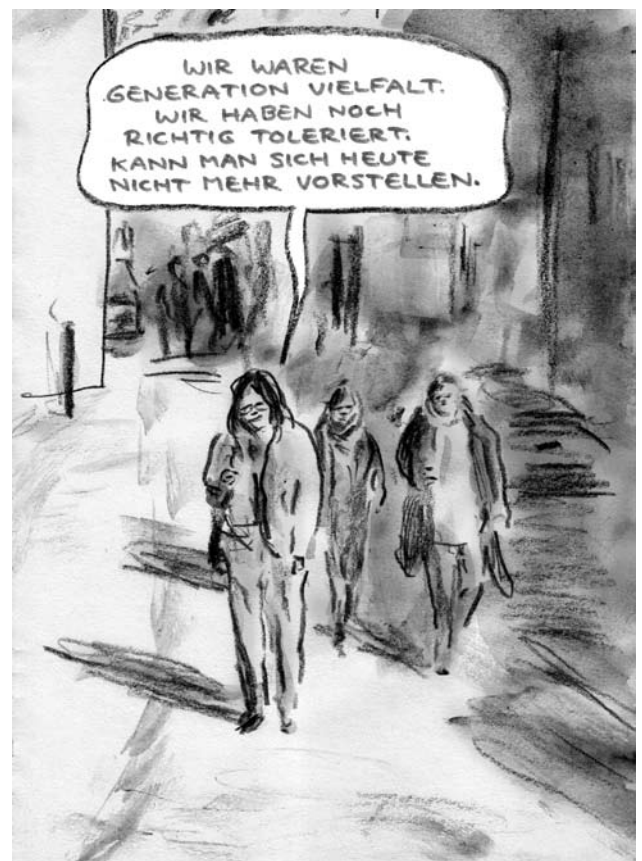
Ihre Anfrage bitte an die Bahn bzw. die für die Zugverbindungen und Fahrscheinkontrollen Verantwortlichen.“

Als ob diese Politikkommissare bei Rassismus und Weltoffenheit nicht immer eine Annexkompetenz haben, zuständig sein wollen, wenn es gegen die Passenden geht. Dann fragt niemand danach, ob das Gequatsche mit der Amtszuständigkeit vereinbar ist. Was wäre denn los, wenn ein Polizist nach denselben Kriterien nach Messern suchen würde, na diese Demonstrationen des breiten Bündnisses aus Zivilgesellschaft, SPD-Fressen, Großtanten gegen steuerbord und der Wirtschaft, die um die Fachkräfte fürchtet.

Aber wenn es nicht in die Welt der Pressemitteilungen passt, sind die Schaffner und höchstens die örtlichen Bahnmanager zuständig. Immer dann, wenn Verantwortung etwas wäre, das übernommen werden müsste.

Stellen wir uns nur mal vor, die anderen Fahrgäste würden sich das Gesicht schwarz anmalen, um nicht kontrolliert zu werden.

Na das Theater. ●



DA LACHT DAS WAHLERGEBNIS



Alle in der Partei wollen Politik gestalten, keiner will sie noch besser erklären.



Sonstiger Stoff

Wie schnell man beim MDR zum Querulanten gestempelt wird

Fragen einer Seniorenzeitung zu beantworten, ist nicht das, wofür öffentlich-rechtliche Verantwortliche vorrangig bezahlt werden, aber wenn es um unsere Demokratie geht, wäre doch etwas mehr Ernsthaftigkeit nötig als die gezeigte.

Da wurde in einer morgendlichen Sendung auf MDR Kultur in der Woche nach der Wahl in Sachsen ein junger sächsischer Aktivist im Bereich Schriftstellertum, ein gewisser Lukas Rietzschel, telefonisch interviewt, er schilderte, wie schon auf kommunaler Ebene die Gegenpartei mit Hinderlichkeiten wirke, im Kulturbereich, da würden zum Beispiel bei Theaterprojekten die Kosten hinterfragt und zu wenige Zuschauer moniert.

Da der Moderator nichts dabei fand, dass Rietzschel dies als Beispiel anführte, was doch nicht gehen sollte, baten wir die zustän-



dige Redakteurin von MDR Kultur um die ergänzende Klarstellung, ob sie die Hinterfragung von Kulturzuschüssen im Verhältnis zum Publikumszuspruch für demokratisch legitim oder nicht demokratisch legitim halte.

Wir erhielten zur Antwort: „Sie nehmen Bezug auf ein Interview mit dem Schriftsteller Lukas Rietzschel zu den Landtagswahlen im Morgenprogramm von MDR Kultur. Wir haben Herrn Rietz-

schel um seinen Blick als Buchautor auf die Kultur gebeten. Wir haben bewusst um seine persönliche Meinung gebeten, er hat seine Haltung geschildert. Wir bilden im Programm verschiedene Meinungen ab.

Meine Meinung zu den Äußerungen von Herrn Rietzschel ist für das Programm nicht von Bedeutung.

Ich nehme an, wir hören wieder voneinander?“

Bitte was? Da wird dieser Rietzschel einfach für belanglos erklärt, soll er doch daherreden, was er will, es kommt nicht darauf an, ob er etwas demokratisch Legitimes oder nicht Legitimes beanstandet, ist ja nur ein wichtigtuerischer Textemacher? Seine Meinung ist gar nicht so weit von Belang, als dass der Moderator mitdenken müsste? Nicht beachtenswert für die Redakteurin?

So schnell wird man beim MDR als Querulant abgestempelt, da genügt es schon, interviewt zu werden. ●



IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogger.de

Unbearbeitete Fälle

Auch beim Senioren-Akrützel Ableiben Arbeiten liegen. Aber nicht, weil wir sie aufschieben, sondern weil es uns zu viel Überwindung kosten würde, uns mit diesen Fällen zu beschäftigen.

Es ist nun mal so, dass man sich nicht in alles hineindenken kann, ohne unbeschadet wieder herauszukommen. Eigentlich kann man sagen, die Zeitung hat gewonnen. Sie ist nicht mehr diskutabel, jedenfalls nicht, ohne sich eine Refluxoesophagitis zuzuziehen. Das ist es nicht wert. Wir wollen nicht darlegen, wie man mental verfasst sein muss, um so etwas wie diese Zeitungsartikel zu verfassen.

Wenn Kai „Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren“ Mudra die Chronologie der Ereignisse der Landtagskonstituierung auflistet, von denen er meint, die Demokratie habe bleibende Schäden erlitten, hätte er allen Grund gehabt, in den Tagen zuvor zu schreiben, dass die Vorbereitungen auf Hochtouren laufen, und wir hätten früher eine Frage an ihn gerichtet dergestalt: Wenn Sie beim Auflisten der chronologischen Ereignisse gewusst hätten, zu welchem Zeitpunkt Professor Doktor plag. Mario Voigt die Prozessbevollmächtigung für die Vertretung vor dem Verfassungsgericht erteilte, hätten Sie dann oder hätten Sie dann nicht sie in die Chronologie aufgenommen?

Für Qualitätsinformierte: Damit hätte sie begonnen.

Er hätte ja oder nein oder nichts sagen können oder herumschwurbeln, dass es zum politischen Geschick gehört, nicht unvorbereitet in die Rettung der Demokratie zu gehen.

So oder so, wir hätten wieder einmal vorgeführt, wie abgrundtief korrupt, versifft, parteiverblödet und journalistisch es zugeht, die alle schreiben aus Parteisicht, übertreffen sich gegenseitig in ihrer Verkommenheit, das hätten wir aufgezeigt.

Aber wozu?

Die sind den Speicherplatz nicht wert, den es auf dem Computer einnimmt.

Und jetzt, wird das Senioren-

Akrützel verboten, weil wir die Menschenwürde des Pressepacks verletzt haben? Nein, das haben wir nicht, die haben schon vorher keine gehabt, denn dazu würde ein Rest von Selbstachtung gehören, die ist aber komplett abhandgekommen, darum kann man ihnen auch nicht abverlangen, einen Rest von Achtung vor den Wählern zu haben, für die der Parlamentarismus gedacht ist, nicht für die Parteien, die sich mittels Staat am

Volksvermögen bereichern, wie es keine Treuhand gekonnt hätte.

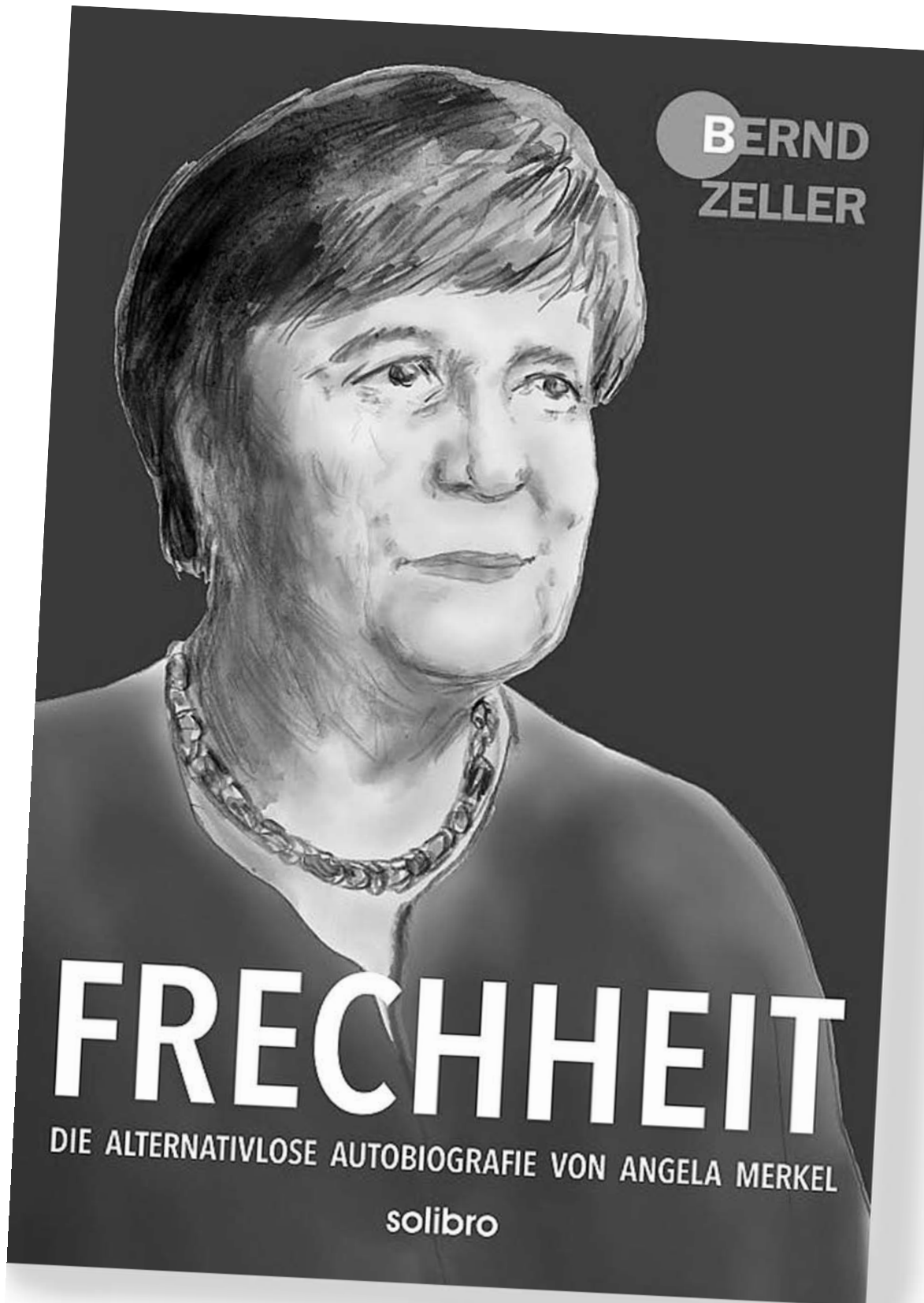
Entwürdigt werden nicht nur die Gegenwähler, sondern genauso alle anderen, auch ihr Wählerwille gilt nicht. Aber die wollen das. Und was sollen wir denen vorschreiben, dass sie das so sehen sollen oder intellektuell ablehnen, was sollen wir die belehren über die Demokratie?

Die haben schon die Zeitungen, die sie verdienen. ●



Jenaer Impressionen





Ein Buch, das nicht rückgängig gemacht werden muss, denn es ist viel hilfreich. Zumindest hat die Kanzlerin bisher nichts Gegenteiliges bestritten. Nun ist es halt da. In schonungsloser Offenheit gewährt sie Einblicke in die Zeiten, die sie begleitet hat. Wenn sich diese Satire bewahrheiten sollte, muss die Geschichte überschrieben werden.

www.solibro.de/buecher/Frechheit

LEUCHTENDES SCHWEIN



Das Qualitätsblatt unter den Presseprodukten

Soziologie-Dozenten haben Angst, dass das Thüringer Klima nicht gerettet wird



Wahlergebnisse, die zum Heulen sind, haben für Soziologie-Dozenten eine besonders schwerwiegende Relevanz. Grüne stehen für Klimaschutz und verbindliche Deppinnensternchen, was soll nun werden? „Zum Glück ist der Parlamentarismus nur ein Teilaspekt unter vielen, aber da entscheiden sich nun mal die Erst- und Drittmittel für Forschung“, heißt es aus akademischen Kreisen. Unglaublich, dass die Thüringer so wenig an die schwächsten Glieder der Gesellschaft denken, die Universitätsbevölkerung. „Dann sollen die sich aber auch nicht wundern“, ist das bittere Resümee.

Studie: Geschürte Angst vor sogenannter Nordrheinwestfalisierung Thüringens ist unbegründet



Wer das Schüren von Ängsten zum Betriebsmodell erkoren hat, wird immer wieder neue Wörter entdecken, mit denen Furchteinflößendes vermittelt werden kann. So geschehen mit der vermeintlichen Nordrheinwestfalisierung Thüringens. Hier kommt eine Studie zu einem klaren Ergebnis: Es gibt keine. Das dürfte allerdings die düsteren Ecken des Netzes nicht abhalten, weiter an diesem Mythos zu stricken.

Initiative gegen rassistische Täterbeschreibungen mahnt: Alle Täterbeschreibungen sind rassistisch



35. Jahrestag der Wende zu Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit ist ein Grund zum Feiern



Gewiss, zur Wahrheit gehört auch, das war noch nicht die ganz große Transformation, die wir aktuell meistern, aber ein wesentlicher Baustein zum ersten Schritt. Ob es diesmal ohne Treuhand-Trauma abgehen wird, müssen die Experten vorhersagen. Aber Skepsis hat noch nie eine Aufbruchstimmung ausgelöst, ohne die es keinen Aufbruch gibt, und Miesmacherei schon gar nicht, gegen die es darum vorzugehen gilt, wo sie angetroffen wird. Eine Aufgabe für uns alle.

Eine Täterbeschreibung kann erstens die Tat nicht ungeschehen machen, so tragisch sie auch sein mag, zweitens aber wird mit der Bezeichnung Täterbeschreibung für die Erinnerung an den Verdächtigen schon eine Vorverurteilung vorgenommen, die an Rassismus erinnert. „Diese Zeiten sollten wir längst überwunden glauben“, mahnt die Initiative, die Menschen an ihre Verantwortung gemahnt, ob als Anzeige erstattende oder aufnehmende Person.